

EU droht Google-Mutter Alphabet mit Milliardenstrafe wegen Wettbewerbsverstößen!

Die EU-Kommission prüft mögliche Verstöße von Alphabet gegen den Digital Markets Act, was zu hohen Geldstrafen führen könnte.

Brüssel, Belgien - Die Europäische Kommission hat erhebliche Bedenken gegen den Tech-Giganten Alphabet geäußert, der Mutterkonzern von Google. In einer ersten Einschätzung wird dem Unternehmen vorgeworfen, gegen die neuen EU-Digitalregeln zu verstoßen. Laut der Kommission schränkt Alphabet die Möglichkeiten für App-Entwickler stark ein und lässt die Verbraucher nicht ausreichend auf kostenlose Angebote außerhalb der eigenen App Stores hinweisen. Insbesondere betrifft dies den Kauf digitaler Güter in Apps, wofür der Digital Markets Act (DMA) zusätzliche Gebühren verbietet. Eine endgültige Entscheidung der Kommission steht jedoch noch aus, wie **krone.at** berichtet.

Strafmaßnahmen drohen für Alphabet und Apple

Zusätzlich wird Alphabet auch im Bereich der Google-Suche kritisch betrachtet. Die Kommission stellt fest, dass das Unternehmen eigene Dienste beim Shopping und bei Hotelbuchungen bevorteilt, indem diese prominenter präsentiert werden. Dies könnte den Wettbewerbsbedingungen schaden und zu hohen Geldstrafen führen, die bis zu zehn Prozent des globalen Gesamtumsatzes betragen können. Bei mehrfachen Verstößen könnte dieser Betrag sogar auf 20 Prozent steigen.

Die Pläne des DMA zielen darauf ab, den Wettbewerb im digitalen Sektor zu verbessern und neue Mitbewerber zu fördern, indem die Macht großer Plattformbetreiber eingeschränkt wird, wie **investmentweek.com** anmerkt.

Darüber hinaus sah sich auch Apple mit einer Aufforderung der EU-Kommission konfrontiert, sein iPhone stärker für Drittanbieter-Technologien zu öffnen. Diese Maßnahme soll die Interaktion mit Geräten anderer Hersteller wie Smartwatches und Kopfhörern erleichtern. Auch wenn Apple die Forderung kritisch sieht und befürchtet, dass dadurch die Innovationskraft in Europa leidet, betont die Kommission die Notwendigkeit, Sicherheits- und Datenschutzstandards zu wahren. Apple plant, diese Bedenken offiziell bei der Kommission vorzubringen.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Brüssel, Belgien
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.krone.at• www.investmentweek.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at